



Informationen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

FRIEDENS-INFO

Zur Lage in der Ukraine

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

VERHANDELN JETZT, DEN KRIEG STOPPEN!

Erklärung des Sekretariats des Parteivorstands der DKP vom 25. 2. 2022



Foto: Friedenskoordination Berlin

Am frühen Morgen des 24. Februar hat der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, den Beginn einer „militärischen Spezialoperation der Streitkräfte der RF zur Unterstützung des Donbass und zur Entmilitarisierung der Ukraine“ angekündigt. Am Abend zuvor hatten die am 21. Februar von Russland anerkannten Republiken des Donbass, die Donezker und die Lugansker Volksrepublik, im Rahmen der bestehenden Freundschaftsverträge angesichts der stärker werdenden Angriffe und Terroranschläge der ukrainischen Armee vor allem auf die Zivilbevölkerung und

Infrastruktur um militärische Unterstützung gebeten.

Ab dem frühen Morgen wurden, auch mit Bodentruppen, militärische Einrichtungen der Ukraine angegriffen, während gleichzeitig die Armeen der Volksrepubliken des Donbass gegen die ukrainische Präsenz auf ihrem Staatsgebiet vorgehen.

Die Entwicklung der letzten Tage ist Teil einer Eskalation, die seit Jahren vom Westen und der NATO vorangetrieben wurde. Sie birgt die Gefahr eines Flächenbrands. Diese Eskalation muss beendet werden.

Krieg bringt Elend, Blutvergießen und Tod über die Menschen. Im Donbass leiden die Menschen seit 8 Jahren unter so einem Krieg, unter dem Beschuss von Schulen, Kindergärten, Bushaltestellen, leiden infolge der Zerstörung der Infrastruktur.

Die jetzige Situation erfordert sofortige Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien, also der Russischen Föderation, der Ukraine und der Lugansker und der Donezker Volksrepublik sowie den sofortigen Rückzug der ukrainischen Armee aus dem Donbass.

Die Krieg in der Ukraine und im Donbass muss beendet werden. Putin-Bashing und inhaltsleeres „Solidarität mit der Ukraine“ greift dabei zu kurz. Schlimmer noch: Es liefert die Vorlage für weitere Militarisierung. CDU Chef Merz fordert die sofortige Aufrüstung der Bundeswehr.

Wir müssen erkennen, dass diese Eskalation ihre Ursachen hat. Mit den NATO-Bomben auf Belgrad in den 1990er Jahren wurden zugleich die Prinzipien des Völkerrechts angegriffen. Sie wurden ersetzt durch das

imperiale Faustrecht der USA und der NATO. Die Blutspur zieht sich bis heute: Der mittleren Osten, Syrien, Irak. Libyen und Afghanistan seien als Stichworte genannt.

Die derzeitige Entwicklung hat acht wesentliche Ursachen:

- ★ Erstens, den Versuch, im Rahmen der wortbrüchigen und aggressiven NATO-Osterweiterung auch die Ukraine in die EU und die NATO zu integrieren.
- ★ Zweitens, den nationalistischen Putsch in der Ukraine im Jahr 2014. Dieser fand statt unter Einbeziehung faschistischer Kräfte und mit Duldung der NATO, der EU und Deutschlands, als der Kurs der Integration der Ukraine in die EU und die NATO zu scheitern drohte.
- ★ Drittens, den (Bürger-)krieg, den die Regierung der Ukraine seit acht Jahren gegen die Menschen im Donbass führt, die sich von NATO-Integration und nationalistischem Putsch losgesagt haben.
- ★ Viertens, den Boykott der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine seit nunmehr sieben Jahren. Diese sahen direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien – der Ukraine und den Volksrepubliken des Donbass - vor. Die Ukraine von Anfang an diese direkten Verhandlungen offen verweigert.
- ★ Fünftens, die Unterstützung dieses Boykotts von Minsk-2 durch die Garantemächte Deutschland und Frankreich, die NATO und die USA.

- ★ Sechstens, den Umgang mit den Vorschlägen, die die Regierung der Russischen Föderation vor einigen Wochen vorlegte, um in Richtung einer Friedensordnung zu gehen, die auch Sicherheitsgarantien für Russland umfasst. Diese wurden vom sogenannten Westen vom Tisch gewischt.
- ★ Siebtens, die seit Jahrzehnten von der NATO, der EU und den führenden Imperialisten betriebene Untergrabung und Zerstörung des Völkerrechts. wir verweisen nur auf die Beispiele Jugoslawien, Libyen, Syrien und Afghanistan.
- ★ Achtens, die vom ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski bei der Münchner Sicherheitskonferenz angekündigte mögliche Aufhebung des Budapester Memorandums, das die Atomwaffenfreiheit der Ukraine festlegt.

Wir fordern sofortige Verhandlungen zwischen der Ukraine, den Volksrepubliken des Donbass und der Russischen Föderation als Bedingung für das Ende der kriegerischen Handlungen.

Von der Bundesregierung fordern wir:

- ★ Abzug der Bundeswehr aus allen Ländern östlich der Bundesrepublik
- ★ Stopp der Sanktionspolitik gegenüber Russland und den Volksrepubliken
- ★ Schluss mit der Unterstützung der aggressiven NATO-Politik – Deutschland raus aus der NATO
- ★ Keine politische, finanzielle und militärische Unterstützung des nationalistischen ukrainischen Regimes.



Was ist los in der Ost-Ukraine?

Mitschnitt einer Online-Veranstaltung vom 24. 2. 2022 mit Reinhard Lauterbach (Journalist ‚junge Welt‘) und Patrik Köbele (DKP-Vorsitzender):

kurzelinks.de/dkp-ukraine

- ★ keine Aufrüstung der Bundeswehr, Geld für Soziales, Bildung, Gesundheit

Wir fordern alle Genossinnen und Genossen sowie Freundinnen und Freunde der DKP auf, sich an Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen und deutlich zu machen, dass die Ursachen der jetzigen Eskalation in der aggressiven Politik der NATO zu suchen sind.



DKP-Partei Vorstand
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
E-Mail: pv@dkp.de

dkp.de

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Partei Vorstand,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen